

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 133. Ratssitzung vom 3. März 2021

3619. 2020/98

Weisung vom 01.04.2020:

**Gesundheits- und Umweltdepartement, Altersstrategie 2035 und Massnahmen
Altersstrategie 2035, Abschreibung Postulate**

Antrag des Stadtrats

1. Die «Altersstrategie 2035» vom 13. März 2020 (Beilage 1) und die «Massnahmen zur Altersstrategie 2035» vom 13. März 2020 (Beilage 2) werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2019/42, von Elisabeth Schoch (FDP) und Albert Leiser (FDP) vom 30. Januar 2019 betreffend Erstellen einer Strategie für die Alters- und Pflegezentren unter Einbezug der Nachfrage nach alternativen Wohnstrukturen und einer Überprüfung der Sanierungspläne der städtischen Alterszentren wird als erledigt abgeschlossen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2018/413, von Ernst Danner (EVP) und Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31. Oktober 2018 betreffend Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung wird als erledigt abgeschlossen.
4. Das Postulat, GR Nr. 2018/298, von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 22. August 2018 betreffend Aktualisierung der Altersstrategie unter Einbezug aller möglichen Leistungserbringenden wird als erledigt abgeschlossen.
5. Das Postulat, GR Nr. 2018/21, von Raphael Kobler (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 17. Januar 2018 betreffend Förderung und Unterstützung des Engagements der privat-gemeinnützigen Alters- und Pflegeheime wird als erledigt abgeschlossen.
6. Das Postulat, GR Nr. 2018/384, von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2018 betreffend Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen wird als erledigt abgeschlossen.
7. Das Postulat, GR Nr. 2019/46, von Markus Baumann (GLP), Marco Denoth (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 30. Januar 2019 betreffend Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der LGBTIQ-Bevölkerungsgruppe im Rahmen der neuen Altersstrategie wird als erledigt abgeschlossen.
8. Das Postulat, GR Nr. 2019/51, der Grünen- und AL-Fraktion vom 30. Januar 2019 betreffend Verankerung des Konzepts «Diversität» in der städtischen Altersstrategie wird als erledigt abgeschlossen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Elisabeth Schoch (FDP): Am 17. Januar 2018 reichten Albert Leiser (FDP) und ich einen Vorstoss ein. Ziel war es, die strategische Ausrichtung der Altersinfrastruktur auf die Bedürfnisse der kommenden Generationen Senioren zu überprüfen. Anstoss dazu gab die Planung der baulichen Weiterentwicklung der bestehenden Alters- und Pflegezentren, ungeachtet der veränderten Bedürfnisse und ungeachtet einer Obsan-Studie, die darauf hinwies, dass in der Stadt eine Überkapazität an Altersheimplätzen besteht. Die Forderung nach einer Strategie löste verschiedenste weitere Vorstösse aus, die wir heute ebenfalls als erledigt abschreiben. Ausserdem löste der Vorstoss eine grosse Debatte im Gemeinderat aus, in der wir alle Forderungen der verschiedenen Interessengruppen diskutierten und verabschiedeten. Damit stellte der Gemeinderat sicher, dass alle Interessen, die eine Mehrheit finden, in der Strategie berücksichtigt werden können. Nach dieser Themendebatte wurde ein Strategieprozess unter der Leitung des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) und unter Mitwirkung des Präsidialdepartements (PRD), des Hochbaudepartements (HBD) und des Sozialdepartements (SD) angestossen. Gemeinsam trugen sie die Grundlagen für die Ausarbeitung der Strategie zusammen. Danach gab es mit den verschiedenen Stakeholdern ein Mitwirkungsprozess. Dabei konnten private und gemeinnützige Akteure, Akteure aus dem Altersbereich, Forschende, Verbände und die Bevölkerung mitreden. In Zukunft sollen Seniorinnen und Senioren in der Stadt in ihrem angestammten Umfeld bleiben können, solange sie möchten und es gesundheitlich möglich ist. Der Stadtrat will eine vermehrte Verlängerung der Betreuung und Pflege vom stationären in den ambulanten Bereich unterstützen. Zu diesem Zweck werden Altersheimplätze abgebaut, gleichzeitig sollen geeignete Alternativen im ambulanten Bereich aufgebaut werden. Bei Bedarf wird nach wie vor ein qualitativ hochstehendes stationäres Pflege- und Betreuungsangebot zur Verfügung stehen. Das städtische Angebot wird sich dabei viel stärker als heute an der Vielfalt der Bevölkerung orientieren und unterschiedliche Wohn- und Pflegeformen anbieten. Es wird grundsätzlich vielfältiger und durchlässiger werden und es sollen auch in Zukunft neue gesellschaftliche Entwicklungen möglichst flexibel aufgenommen werden können. Die Strategie teilt sich in vier Handlungsfelder auf. Das erste und wichtigste Handlungsfeld umfasst «Wohnen, Pflege und Unterstützung nach Bedarf». Das übergeordnete Ziel in diesem Feld ist es, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt zu ermöglichen, im Alter möglichst selbstständig und solange wie gewünscht im angestammten Gebiet leben zu können. Das führt zu einem Strategiewechsel weg von Altersheimen hin zu einem deutlichen Ausbau der Alterswohnungen. Parallel dazu wird auch das ambulante Angebot ausgebaut, zum Beispiel in Form von Spitex, Unterstützungs- und Betreuungsangeboten sowie Entlastung der Angehörigen. Auch Technologien sollen vermehrt zum Einsatz kommen. Das gesamte Wohn- und Pflegeangebot der städtischen Alters- und Pflegezentren sowie der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) wird künftig durchlässiger sein und orientiert sich stärker an den Bedürfnissen der Quartiere. Die bislang mehrheitlich getrennt geführten Angebote werden sich künftig entlang eines gemeinsamen Modells abstimmen. Das neue Wohn- und Pflegemodell besteht aus Gesundheitszentren mit einem integrierten und abgestuften Wohn- und Pflegeangebot für fragile und pflegebedürftige Menschen. Bei künftigen Neubauten und Sanierungsprojekten

ten der städtischen Altersinstitutionen wird im betreffenden Sozialraum und in Abstimmung mit bestehenden privaten und gemeinnützigen Angeboten das geplant, was noch fehlt. Das kann auch bedeuten, dass ein Alterszentrum zu Alterswohnungen umgebaut wird oder zu einem Pflegezentrum oder zu einer Mischform zwischen Alterswohnungen und Pflegeplätzen umfunktioniert wird. Zweitens Handlungsfeld ist «Information und Angebot im Quartier». Neben den zentralen Bereichen Wohnen und Pflege werden bestehende Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote stärker an die Quartiere ausgerichtet. Eine erweiterte Onlineplattform wird die Übersichtlichkeit aller Angebot für die ältere Bevölkerung verbessern. Drittens Handlungsfeld ist «Unterwegs im öffentlichen Raum»: Auf Bedürfnisse der älteren Menschen soll auch im öffentlichen Raum mehr Rücksicht genommen werden. Die ältere Bevölkerung wird in Zukunft verstärkt in die Gestaltung miteinbezogen. Konkret geht es dabei um Raum für Erholung und mehr Sitzgelegenheiten, aber auch um Sicherheit als Fussgängerin oder Fussgänger oder die Länge der Grünphase bei Lichtsignalanlagen. Auch die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) fördern zusammen mit dem Tiefbauamt weiter den hindernisfreien Zugang zum Angebot. Viertes Handlungsfeld ist «Teilhabe, Helfen und Mitgestalten»: Künftig werden auch neue Formen der Partizipation im Alter im Rahmen eines Strategieschwerpunkt «smarte Partizipation» erprobt. Das können sowohl digitale als auch nicht digitale Formen der Mitwirkung sein. Die ältere Bevölkerung wird auch darin unterstützt, ihre digitalen Kompetenzen zu verstärken. Auch ist vorgesehen, dass neue Formen der Freiwilligenarbeit erprobt werden. Alle Massnahmen in Zusammenhang mit der Altersstrategie 2035 werden bei der zuständigen städtischen Instanz zur Bewilligung beantragt. Die entsprechenden finanziellen Mittel müssen von den betroffenen Dienststellen in das Budget eingestellt und in den Finanz- und Aufgabenplan aufgenommen werden.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3620–3621)

Kommissionsreferentin Änderungsantrag und Schlussabstimmungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir entschieden in der Kommission, dass wir alle Dispositivziffern miteinander behandeln. Dispositivziffer 1: «Die Altersstrategie 2035 und die Massnahmen zur Altersstrategie 2035 vom 13. März 2020 werden zur Kenntnis genommen.» Dispositivziffer 2: «Das Gesundheits- und Umweltdepartement überprüft und dokumentiert laufend den Stand der Umsetzung der in der Beilage 2 aufgelisteten 45 Massnahmen und erstattet darüber regelmässig Bericht. Einmal jährlich im Rahmen eines Kurzberichts, beispielsweise tabellarisch zuhanden der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement sowie alle vier Jahre im Rahmen eines ausführlicheren Zwischenberichts zuhanden des Gemeinderats jeweils einschliesslich einer Kostenaufstellung.» Dieser Dispositivantrag wurde von der SP eingereicht. Die Dispositivziffer 3 behandelt Postulate und Vorstösse, die wir abschreiben: «Postulat von Elisabeth Schoch (FDP) und Alfred Leiser (FDP) vom 30. Januar 2019 betreffend der Erstellung einer Strategie für die Alters- und Pflegezentren unter Einbezug der Nachfrage nach Alternativen Wohnstrukturen und einer Überprüfung der Sanierungspläne der städtischen Alterszentren. GR Nr. 2019/42.» Dispositivziffer 4: «Postulat von Ernst Danner (EVP) und Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31. Oktober 2018 betref-

fend der Erarbeitung einer Altersstrategie und der Berücksichtigung der Ziele in den Bereichen integrierte Dienstleistung, Verbesserung von Synergien und dezentralen Angeboten und Anlaufstellen und der Finanzierung. GR Nr. 2018/413.» Dispositivziffer 5: «Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 22. August 2018 betreffend Aktualisierung der Altersstrategie unter Einbezug aller möglichen Leistungserbringenden. GR Nr. 2018/298.» Dispositivziffer 6: «Postulat von Raphael Kobler (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 17. Januar 2018 betreffend der Förderung und Unterstützung des Engagements der privat gemeinnützigen Alters- und Pflegeheime. GR Nr. 2018/21.» Dispositivziffer 7: «Postulat von Monika Bätschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 30. Oktober 2018 betreffend der Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen. GR Nr. 2018/384.» Dispositivziffer 8: «Postulat Markus Baumann (GLP), Marco Denoth (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 30. Januar 2019 betreffend Berücksichtigung von spezifischen Bedürfnissen der LGBTIQ-Bevölkerungsgruppe im Rahmen der neuen Altersstrategie. GR Nr. 2019/46.» Dispositivziffer 9: «Postulat von der Grünen und der AL-Fraktion vom 30. Januar 2019 betreffend der Verankerung vom Konzept Diversität in der städtischen Altersstrategie. GR Nr. 2019/51.» Die SK GUD beschloss einstimmig, die Kenntnisnahme der Strategie wie auch die Abschreibung der dazugehörigen Vorstösse, das heisst die einstimmige Annahme der Dispositivanträge 1 bis 9.

Weitere Wortmeldungen:

Rolf Müller (SVP): *Die SVP-Fraktion begrüsst die neue Altersstrategie 2035 und den damit eingeschlagenen Weg zu einer modernen Alterspolitik. Es müssen aber noch Fragen geklärt werden, vor allem zur Finanzierung. Die Altersstrategie 2035 löst die bisherige Strategie der Stadt aus dem Jahr 2012 ab. Gemäss dem kantonalen Pflegegesetz ist die Stadt für die Planung und Sicherstellung einer bedarfs- und fachgerechten stationären und ambulanten Pflegeversorgung zuständig. Heute steht der älteren Bevölkerung bereits ein gutes Angebot im Bereich Wohnen, Gesundheit, Pflege, Unterstützung, Beratung, Freizeit und Mobilität, wie auch zahlreiche gemeinnützige und private Organisationen zur Verfügung. In den letzten Jahren wurden bei der Umsetzung der Altersstrategie 2012 weitere Verbesserungen erzielt. Insbesondere im Bereich des ambulanten Dienstes, den Spitex-Angeboten, der gerontopsychiatrischen Pflege, der Altersmedizin und der Palliativpflege. In den kommenden Jahren wird die Zahl der betagten Menschen jedoch zunehmen. Die künftigen Seniorinnen und Senioren haben andere Bedürfnisse als die heutigen. Hinzu kommen aktuelle gesellschaftliche Trends und Entwicklungen, die das Leben im Alter verändern werden. Aufgrund dieser absehbaren Veränderungen entschied der Stadtrat, eine neue Altersstrategie zu erarbeiten. Diese Erarbeitung verlief im Verlauf der vergangenen Jahre unter der Leitung des Gesundheit- und Umweltdepartements (GUD) durch ein Projektteam, das sich aus Vertretenden des Präsidialdepartements, dem GUD und dem Hochbaudepartement (HBD) sowie dem Sozialdepartement (SD) zusammensetzte. Bei der Erarbeitung der Altersstrategie 2035 stützte sich das Projektteam auf die Ergebnisse eines breiten Mitwirkungsprozesses, an dem sich auch private und gemeinnützige Akteurinnen und Akteure aus dem Altersbereich, Forschende, Verbände und vor allem die Bevölkerung beteiligte. Der Mitwirkungsprozess*

umfasste zwei Grossgruppenveranstaltungen, eine vierwöchige Phase der Onlinemitwirkung und ein Expertinnen- und Expertenhearing. Auch wir von der SVP-Fraktion waren an diesen beiden Grossveranstaltungen aktiv dabei. Wir waren beeindruckt von den präsentierten Ergebnissen der vielen und gut besuchten anwesenden Gruppen. Anschliessend wurde mit den vielen Akteurinnen und Akteuren der Altersarbeit eine Strategie – basierend auf einer gemeinsamen Vision – entwickelt. Eine der vielen Schwerpunkte besteht darin, die Angebote für Wohnen und Pflege für die ältere Bevölkerung stärker zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Dazu wurden die Alters- und Pflegezentren der Stadt vor kurzem zu einer Organisation zusammengelegt, die sich neu «Gesundheitszentren für das Alter» nennt. Die SVP-Mitglieder in der Spezialkommission GUD (SK GUD) diskutierten aber auch die anstehenden Kosten und Budgetanträge, die von der neuen Altersstrategie ausgehen. Es ist uns wichtig, dass bei allen künftigen Weisungen und Budgetanträgen die anfallenden Kosten neu beurteilt und dem Gemeinderat gut begründet vorgelegt werden. So, wie es auch in der Weisung GR Nr. 2020/98 in Kapitel 5 steht. Wir sind aber überzeugt, dass die vorliegende Altersstrategie 2035 eine gute Sache ist und älteren Menschen in der heutigen Wohnform entgegenkommt. Ein erstes positives Signal ist auch die Krediterhöhung für das neue Alterszentrum «Eichrain», das ein Pilotprojekt mit neuen Wohnformen darstellt. Wir freuen uns über die Resultate aus der Altersstrategie 2035 und nehmen somit Kenntnis von den Massnahmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die Alternative Liste stimmt der Kenntnisnahme der Altersstrategie 2035 zu. Das Dokument ist für uns sowohl in formaler als auch in inhaltlicher Hinsicht überzeugend. Formal betrachtet bemühte sich der Stadtrat von Anfang an um einen breiten Konsens im Parlament und in der Bevölkerung. Sie mögen sich beispielsweise an die Altersdebatte im Januar 2019 und an die verschiedenen populären Mitmachaktionen des GUD erinnern. Inhaltlich finden wir, dass die Strategie wichtige Themen wie beispielsweise Wohnen, Diversität und die Wichtigkeit von Sozialräumen adressiert. Indem sie sich von bereits laufenden gesundheitspolitischen Prozessen, wie beispielsweise der Ambulantisierung, inspirieren lässt, kann und wird sie zu einem Modernisierungsschub in diesem Bereich führen. Kurz; man könnte die Altersstrategie als eine gelungene Übung aus einem Guss bezeichnen, vorbildlich in ihrer Entstehungsgeschichte, klar in ihrer Struktur und inhaltlich auf der Höhe der Zeit. Dementsprechend wird sie von links bis rechts unisono von allen unterstützt. Man könnte das auch als die ersten Anzeichen der vermeintlichen helvetischen Diktatur verstehen, die von manchen rechten Exponentinnen anderorts zelebriert wird. Vielleicht liegt heute Abend die Quelle der politischen Irritation aber nicht in der Spontanentstehung einer diktatorischen Einheitspartei, vielleicht liegt das Problem vielmehr darin, dass die Strategie sanft, teilweise nebulös und gelegentlich aalglatt daherkommt. Selbstverständlich muss sie sich auf mittel- und langfristige zentrale Ziele konzentrieren. Der Stadtrat hat es verstanden, den politischen Rahmen der Altersstrategie derart weit zu fassen, dass er für alle Fraktionen Platz bietet. Mittels einer Reihe von Schlagworten schuf er eine derart grosse Projektionsfläche, dass wir uns nun alle problemlos und vor allem glücklich darin widerspiegeln können. Für die Bürgerlichen gibt es Selbstbestimmung und Autonomie, für die Linken städtischen Wohnungsbau, Velowege und Diversität. Die Altersstrategie ist also die zu Bericht gewordene eierlegende Wollmilchsau. Selbstverständlich kann man das auch

als guten helvetischen Kompromiss und als politisches Kunststück bezeichnen. Vielleicht herrscht aber heute Abend nur deshalb Einigkeit, weil der Stadtrat mehr oder weniger sämtliche Wunschzettel von allen entgegennahm, ohne uns über seine Wege zum Ziel zu informieren. Auch wenn wir wissen, dass Prognosen schwierig sind, hätten wir uns gewünscht, dass der Stadtrat ein wenig konkreter in der Beschreibung des geplanten Wachstums der Stiftung Alterswohnungen wird. Wir hätten uns gewünscht, dass der Stadtrat uns mitteilt, wie und vor allem wann der Zugang zum Altersangebot für die Migrationsbevölkerung verbessert wird. Da wir die Digitalisierung der Altersbevölkerung ebenfalls fördern möchten, wüssten wir gerne, wie zukünftig jene, die sich den Zugang zur digitalen Welt nicht leisten können, unterstützt werden. Ferner wird aus der Weisung nicht klar, wie der Stadtrat mit dem sich bereits jetzt abzeichnenden Konflikten mit Bund und Kanton umgehen möchte. Uns scheint, als würde er mit einer kleinen Ausnahme im Bereich der Wohnförderung den aktuellen rechtlichen, teilweise äusserst widersprüchlichen Rahmen mit einem Achselzucken entgegennehmen. Dabei sitzt er in einem der wichtigsten politischen Zentren dieses Landes und hätte die Mittel, um die strukturellen Probleme anzugehen. All diese Punkte weisen auf einen Hauptwiderspruch in der Strategie hin. Obwohl sie ein gesundheitspolitisches Thema behandelt, von einer politischen Behörde konzipiert und von einer anderen entgegengenommen wird, vermeidet die Strategie das Politische wie der Teufel das Weihwasser. Nichtsdestotrotz nehmen wir die Strategie entgegen und möchten sie weiterhin konstruktiv begleiten. Wir sind deshalb mit dem zusätzlichen Dispositivpunkt einverstanden. Mangels eines Überblicks über die politische Stossrichtung ist für uns ein reguläres Reporting seitens des Stadtrats zwingend. Wir freuen uns auf den Moment, wenn der Stadtrat nicht nur Wünsche entgegennimmt, sondern auch über den Preis und den Zeitrahmen informiert.

Marion Schmid (SP): *Die Altersstrategie ist für uns ein Versprechen an die Stadtzürcher Bevölkerung und ein Versprechen mit guten Zielen: Die Stärkung von Selbstbestimmung, die Menschen länger zuhause leben zu lassen und Diversität zu berücksichtigen. Im Positiven wurden alle Inputs aufgenommen. Im Negativen ist die Strategie sehr umfassend, damit sich jeder irgendwo finden kann. Elisabeth Schoch (FDP) stellte die Weisung ein wenig so vor, als hätte sie die Strategie erfunden und als ginge sie massgeblich auf ihr Postulat zurück. Das würde ich so nicht unterschreiben. Der nebulöse Anschein der Strategie macht mir ein wenig Sorgen. Da wir uns fragen, ob die zahlreichen Versprechen auch wirklich eingelöst werden können, beharren wir auf die Berichterstattung. Altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum sind für uns ein wichtiges Ziel und seit vielen Jahren eine zentrale Forderung – nicht nur für ältere Menschen, aber gerade für diese ist es besonders wichtig und auch besonders schwierig. Im Massnahmenplan steht, dass man primär in der Stiftung für Alterswohnungen die Anzahl von altersgerechten Wohnungen deutlich erhöhen will. Wir fragten deshalb in der Kommissionsberatung den Stadtrat, was das genau bedeutet und wie viele zusätzliche Wohnungen angedacht sind. Er konnte uns leider keine konkreten Zahlen nennen. Auch wenn ich selbst nicht genau weiss, wie viele Wohnungen es konkret zusätzlich bräuchte, weiss ich, wie die Faktenlage aktuell aussieht. Man kann das im zweiten Bericht zum wohnpolitischen Grundsatzartikel nachlesen. Neben dem geplanten Ausbau steht da auch: «In der Berichtsperiode 2015 bis 2019 veränderte sich der Bestand der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) mit einem Neubau und einem Ersatzneubau minimal*

von 2011 auf 1999 Wohnungen.» Zusammen mit den Alters- und Pflegezentren gibt es insgesamt also 5055 Plätze und Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen. Dieser Wert ist seit 2015 stabil und wird auch mit Ummodellierungen nicht steigen, ausser man baut neu. In Relation dazu leben in Zürich 60 000 Menschen zwischen 60 und 80 Jahren und 20 000 Menschen über 80 Jahren. Es werden im Jahr 2035 75 000 Menschen zwischen 60 und 80 Jahren und 25 000 Menschen über 80 Jahren in Zürich leben. Alles in allem sprechen wir also von über 100 000 Menschen über 60 Jahren. Viele dieser Menschen leben heute in Genossenschaften, die in den 1940er-, 1950er- und 1960er-Jahren gebaut wurden und viele in solchen, die im Rahmen der geplanten Verdichtung saniert werden. Es wird viele Menschen geben, die ihre Wohnungen verlieren und Mühe haben werden, eine neue zu finden. Das Ziel der Strategie ist also mehr als anspruchsvoll. Es braucht verbindliche Ziele und eine realitätsbezogene Strategie. Bereits Mark Twain sagte: «Wer nicht weiss, wo er hinwill, der darf sich nicht wundern, wenn er dort nicht ankommt.» Ob wir das Ziel erreichen, wissen wir nicht. Wir sollten aber zumindest wissen, wo wir hinwollen. Wir wollen, dass das Versprechen auch wirklich eingelöst wird – sowohl für gebrechliche Menschen und solche mit wenig Geld, aber auch für die unangepassten und die schwierigen Personen unter den älteren Menschen.

Nicolas Cavalli (GLP): Es ist sehr erfreulich, dass die Weisung eine solch breite Abstützung findet und dass mit der Strategie viele Anliegen und Forderungen von hier drinnen, aber auch von draussen, aufgenommen wurden. Aus Sicht der GLP ist es richtig und wichtig, dass das Wohnen und die Pflege bedarfs- und bedürfnisgerecht werden. Personen sollen länger in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können. Zentraler Punkt ist die Selbstbestimmung. Das zieht sich durch die ganze Strategie hindurch. Im Rahmen der Strategie wurden 44 Massnahmen anhand von drei Querschnittsthemen und vier Handlungsfeldern definiert. Speziell betonen möchte ich die Diversität und die Digitalisierung. Es ist innovativ und sinnvoll, dass es neue Wohntauschformen, studentisches Wohnen für Hilfe und Verbesserungen im Bereich der Hindernisfreiheit im öffentlichen Raum geben soll. Zürich ist eine Stadt mit diverser Bevölkerung und befindet sich in stetigen Wandel. Die Stadt muss für die Zukunft gerüstet sein, damit ihre Bewohner und Bewohnerinnen im Alter selbstbestimmt wohnen können. Wir sind zuversichtlich, dass mit dieser Strategie in Zukunft mehr innovative und durchmischte Wohnformen für Personen mit unterschiedlicher Herkunft, Personen aus der LGBTQI+-Community und andere geschaffen werden. Anders als gewisse hier im Saal, sehen wir die Digitalisierung als Chance, damit Personen mittels Applikationen, Smart-Home-System und Technologie länger in ihren vier Wänden wohnen können. Wir begrüssen daher, dass das Thema in der Strategie Beachtung findet. Wir sehen auch ein grosses Potential für die Forschung im Altersbereich, namentlich bei der Digitalisierung, Sensoren und Robotik. Zürich kann so auch als Forschungsstandort profitieren. Es ist eine sehr komplexe Strategie mit vielen Akteuren und involvierten Departementen, Dienststellen, Verwaltungsorganen, Institutionen und Vereinen. Das macht die Strategie so anspruchsvoll. Eine Strategie von diesem Umfang ist nur so gut wie der messbare Erfolg. Wir fordern den Stadtrat auf, die Strategie konsequent umzusetzen. Er soll dafür sorgen, dass es durch die Strategie in Zukunft zu einer stetigen Verbesserung kommt. Wir sind hier drin gefordert, das regelmässig zu kontrollieren. Uns wird jährlich ein Kurzbericht inklusive Preisaufstel-

lung vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt müssen wir überprüfen, wie erfolgreich die Strategie ist. Die GLP stimmt der Weisung und der Abschreibung aller Postulate zu.

Elisabeth Schoch (FDP): Anders als andere Fraktionen verstehen wir offensichtlich, was der Anspruch einer Strategie ist. Eine Strategie sollte nämlich eben genau nicht so detailliert sein, dass alles schon vorweggenommen wird. Es ist klar, dass eine Strategie einfacher geniessbar ist als ein komplexer oder detaillierter Umsetzungsplan. Daher sind wir der Meinung, die Strategie erfüllt genau das, was sie erfüllen muss; sie zeigt die grossen Leitlinien und in welche Richtung die Reise gehen soll. Als wir im Januar 2018 den Vorstoss zur Überarbeitung der Strategie einreichten, taten wir dies aus Sorge, dass die bauliche Weiterentwicklung der Alters- und Pflegezentren in die falsche Richtung führt und man eine Infrastruktur baut, die nicht mehr den Bedürfnissen der zukünftig älteren Bevölkerung entspricht. Bis ein Alterszentrum steht, können über zehn Jahre vergehen. Zehn Jahre sind im Leben eines Menschen im hohen Alter eine lange Zeit. Wir sehen heute, dass unsere Sorge nicht ganz unbegründet war. Die Bedürfnisse verändern sich und ein Grossteil der Bevölkerung will nicht in einem Alterszentrum wohnen, sondern lieber so lange wie möglich zuhause bleiben. Man stellte uns in der Kommission damals eine Obsan-Studie vor, die aufzeigte, dass die Stadt zu viele Altersheimplätze hat. Wir forderten damals eine offene Beurteilung der Stadträtin, bissen dabei aber auf Granit. Das führte zu unserem Vorstoss. Umso mehr freut es uns heute, dass der Gemeinderat dem Vorstoss zustimmte und somit sichergestellt wurde, dass die veränderten Bedürfnisse analysiert wurden. Daraus abgeleitet werden auch die mehr als notwendigen Korrekturen im weiteren Ausbau der Altersinfrastruktur vorgenommen. Anders als die AL sind wir klar der Meinung, dass mit unserem Vorstoss eine unglaubliche Fehlplanung verhindert werden konnte und mit der Strategie die finanziellen Ressourcen in Angebote fliessen, die der wachsenden älteren Bevölkerungsschicht entgegenkommen. Es geht nicht darum, Gelder einzusparen, sondern darum, Gelder so zu investieren, dass die ältere Bevölkerung auch wirklich davon profitiert. Es kann nicht im Sinne der Stadt sein, dass Menschen unfreiwillig in ein Altersheim gehen müssen, weil sie sich das Leben in den eigenen vier Wänden nicht mehr leisten können. Wir begrüssen das kommende Postulat, um die Finanzierung entsprechend anzupassen. Wir sind der Meinung, dass mit der neuen Altersstrategie 2035 ein Grundstein für eine bedürfnisgerechte Infrastruktur und ein entsprechendes Dienstleistungsangebot gelegt wird. Es freut uns, dass die Ausgangslage wertneutral und departementsübergreifend angegangen wurde und auch die verschiedenen Stakeholder in diesen Prozess miteinbezogen waren. Es freut uns auch, dass die Grabenkämpfe mit den privaten Anbietern beigelegt wurden und gemeinsam Lösungen für das Quartier gesucht werden. Es geht nun aber auch um die Umsetzung. Und auch hier sind erste Ansätze sichtbar. Wir befürworten die Zusammenlegung der Alters- und Pflegezentren und freuen uns, wenn bei der Schaffung von Wohnraum der Fokus verstärkt auf kleinere, rollstuhlgängige und günstige Wohnungen gelegt wird. Im Weiteren sind wir auch auf die Ausgestaltung der dezentralen Gesundheitszentren gespannt und unterstützen diese. Die FDP steht auch hinter der regelmässigen Berichterstattung, die im Dispositivantrag 2 gefordert wird. Die Berichterstattung wird mit Augenmass gefordert und die Verwaltung und der Stadtrat werden nicht über Gebühren administrativ belastet. Trotzdem ist es uns wichtig, dass das Thema Alter in der Stadt Zürich regelmässig in der Fachkommission und dem Gemeinderat traktandiert

wird. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die grosse Arbeit und anerkennen die unzähligen Stunden, die in diese Strategie flossen und die Offenheit, neue Wege zu gehen. Wir sind uns bewusst, dass der angefangene Weg ein langer sein wird. Es wird sich aber lohnen.

Walter Anken (SVP): Dr. David Garcia Nuñez (AL) sprach von einer helvetischen Diktatur. Solche doofen Sprüche stören mich. Er sagte auch, dass die Weisung aalglatt wäre. Ich kann Ihnen aber garantieren, dass die SVP keiner aalglatten Weisung zugestimmt hätte. Am schlimmsten aber war seine Aussage, die Strategie sei nicht konkret. Die Weisung ist sehr wohl konkret. Ich erinnere an das Handlungsfeld 3. Man spricht hier von mehr Sitzplätzen, mehr Alterswohnungen und dem Einsatz von hindernisfreien VBZ-Fahrzeugen. Es ist für mich unverständlich, was daran nicht konkret sein soll. Es ist eine sehr gute Weisung und die SVP stimmt ihr sehr gerne zu.

Marion Schmid (SP): Wenn Elisabeth Schoch (FDP) glaubt, sie sei die einzige, die verstanden hat, was eine Strategie ist, kennt sie offenbar den Unterschied zwischen einer Strategie und einer Massnahmenplanung nicht. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Dinge: Eine Strategie sagt, was man machen möchte, und eine Massnahmenplanung sagt, wie es umgesetzt werden soll. Da verspreche ich mir schon einen gewissen Grad an Konkretisierung. Elisabeth Schoch (FDP) sagte auch, es sei ihr zu verdanken, dass die Stadt die Verschiebung hin zum ambulanten und den Trend, dass mehr Menschen zuhause und weniger in Alters- und Pflegezentren wohnen möchten, nicht verschlafen hätte. Wenn es aber punkto Finanzierung ein Gremium gibt, das diesen Trend verschlafen hat, ist das primär der bürgerlich geprägte Kantonsrat. Er bestimmt nämlich, was wie finanziert wird – und nicht wir im Gemeinderat, und erst recht nicht der Stadtrat. Man müsste die Finanzierung beim bürgerlich ausgerichteten Kantonsrat anpassen, damit der Handlungsbedarf für selbstbestimmtes Leben im Alter angegangen werden kann. Die überzähligen Plätze in den Alterszentren könnten zum Teil umgemodelt oder abgebaut werden. Die 2000 Plätze sind – gemessen an den 20 000 Menschen über 80 Jahren, die in dieser Stadt leben – aber verhältnismässig wenig. Der neue Name «Gesundheitszentren für das Alter» ist für mich im Zusammenhang mit meinem Vorwurf, man konzentriere sich zu stark auf die fitten und kaufkräftigen Alten und verliere aus den Augen, um wen es in der Alterspolitik eigentlich geht, symptomatisch. Der Name zeugt meiner Meinung nach nicht von sehr viel Einfühlungsvermögen gegenüber den Menschen, die dort einziehen. Auch wenn die Gesundheit ein ganzheitlicher Bereich ist, auch mit Akut- und Übergangspflege, bei der Menschen tatsächlich bis zu einem gewissen Grad so gesund werden, dass sie wieder zuhause leben können, gibt es aber immer auch solche Menschen, die kommen, um zu bleiben. Wenn ich beispielsweise im Alter von 83 Jahren eintrete, weiss ich, dass die letzten Lebensjahre vor mir liegen. Ich möchte mich in diesen Jahren so wohl fühlen wie möglich. Von einem vollständigen Zustand von Wohlergehen, wie die World Health Organisation (WHO) Gesundheit definiert, kann in diesem Moment nicht die Rede sein. In diesen letzten Lebensjahren geht es nicht darum, gesund zu werden, sondern ein würdiges Leben trotz allen Einschränkungen zu führen und ein Zuhause zu haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Die Entwicklung der Altersstrategie war ein sehr spannender und inspirierender Prozess, an dem sich einige hundert Menschen beteiligten. Viele dieser Beteiligten arbeiten innerhalb und ausserhalb der Verwaltung auch begeistert und engagiert an der Umsetzung. Es ist mir wichtig, dass man nicht nur ein Papier erstellt, das schön aussieht, sondern die Pläne konkret realisiert – was wir in vielen Punkten bereits tun. Die Altersstrategie 2035 setzt die Weichen für die Alterspolitik in der Stadt. Die Vision ist, dass die Menschen möglichst lange ihre individuellen Bedürfnisse – unabhängig ihres sozialen und mehr oder weniger unabhängig ihres gesundheitlichen Zustands – so gestalten können, dass sie vor allem in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Es zeigte sich, dass es der allergrösste Wunsch aller Befragten ist, so lange wie es irgendwie geht, zuhause bleiben zu können. Das möchten wir unterstützen und in Zukunft fördern, was bedeutet «ambulant vor stationär». Es gibt aber auch Menschen, die rund um die Uhr Pflege in einem Zentrum benötigen. Für diese entsteht das «Gesundheitszentrum für das Alter». Dabei geht es um ihr Wohlergehen und nicht einfach um das Gesunden. Wohlergehen ist das wichtigste Gut, das man mit 85 Jahren haben kann und wir möchten das Wohlergehen mit diesem Zentrum stärken. Da Zürich bereits heute sehr gut aufgestellt ist, hatten wir eine gute Basis für die Entwicklung der Altersstrategie. Wir müssen nicht notfallmässig alles ändern, sondern können heute in die Zukunft blicken und die Strategie dynamisch gestalten. Es werden sich auch in den nächsten Jahren gewisse Bedürfnisse wieder ändern und entsprechende Angebote werden angepasst werden müssen. Die Strategie ist tatsächlich umfassend und beinhaltet 44 Massnahmen, die in vier Handlungsfelder definiert wurden. Bei einem Teil der Massnahmen sind wir bereits in der Umsetzung. Es wird Veränderungen in Richtung Modernisierung, verstärkte Teilhabe, Partizipation und Diversität geben. Die Altersstrategie beinhaltet für jeden etwas, weil die Bedürfnisse in Zürich sehr unterschiedlich sind und die Vielfalt auch in der Altersstrategie abgebildet werden soll. Es ist aber noch nicht überall definiert, wie wir Finanzierungslücken lösen können und wir können auch noch nicht genau vorhersagen, wie viele Alterswohnungen im Jahr 2035 gebaut sein werden. Wir sagten aber auch bereits, dass Alterswohnungen nicht nur die SAW umfassen, sondern auch Genossenschaften, private Investoren und Siedlungen, die Alterswohnungen zur Verfügung stellen. Insgesamt soll es mehr Wohnungen für alte Menschen geben, damit sie möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können. Gleichzeitig verstärken wir die zusätzlichen Leistungen vor Ort. Es sollen nicht nur Alterswohnungen, sondern auch ein gemeinsames Wohn- und Betreuungsmodell realisiert werden. Wir legten dafür die Alters- und Pflegezentren zusammen in ein «Gesundheitszentrum für das Alter». Wir orientieren uns zukünftig stärker am Quartier und am Sozialraum. Die ambulanten Leistungen werden massiv erhöht und gestärkt. Die Umsetzung ist mir besonders wichtig und ich bin froh, dass wir mit der Umsetzung teilweise bereits beginnen konnten. Das macht mich stolz auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben dem Reorganisationsprozess und der Zusammenlegung von Alters- und Pflegezentren definierten wir eine gemeinsame Leitung und einen neuen Namen, fingen bereits mit einer gemeinsame Bau- und Angebotsplanung und Sozialraumplanung an und entwickeln diese weiter. Wir be-*

trachteten bereits Synergien der verschiedenen Betriebe und trafen entsprechende Entscheide, die schlussendlich den Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommen. Bereits in der Detailplanung ist ein Wohnpflegeangebot, das in einer SAW-Siedlung gemeinsam mit der Gruppe queerAltern, realisiert wird. Wir erproben auch bereits studentisches Wohnen in den heutigen Alterszentren. Wir werden auch Alters-WGs im Alterszentrum Eichrain erproben. Es gibt eine Machbarkeitsstudie, respektive ein Pilot für ein Wohnungstauschmodell. Wir sind zudem mitten in der Umsetzung einer Online-Angebotsplattform, auf die möglichst einfach zugegriffen werden kann. Die Vorbereitung für einen Pilot für eine Drehscheibe im Quartier wird noch einen Moment dauern, aber wir sind auch da in der Planung. Sobald es wieder möglich ist, werden Quartierrundgänge stattfinden. Viele Massnahmen befinden sich also bereits in der Umsetzung. Es ist wirklich beeindruckend, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitmachen. Mit der Altersstrategie 2035 entwickelten wir eine fortschrittliche, fast progressive Altersstrategie, die die ganze Diversität und Vielfalt der Stadt aufnimmt und allen etwas bietet. Es ist entscheidend, dass für alle alten Menschen, unabhängig davon wie sie denken und funktionieren und gesundheitlich und sozial dastehen, diverse Angebote bestehen. Die Anzahl Wohnungen können wir nicht im Detail definieren, da man Chancen für die Erweiterung von Wohnungen nutzen muss. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Kenntnisnahme. Die Dispositivziffer zum jährlichen Kurzbericht und dem vierjährigen ausführlicher Bericht unterstütze ich auch. So können wir uns tatsächlich messen – wir sind sehr gut unterwegs und suchen nach Lösungen für Herausforderungen, auch wenn wir nicht jede Problemstellung sofort lösen können. Ein Grossteil der Altersstrategie können wir selber in die Hand nehmen. Das machen wir mit grosser Freude.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffern 2–8 werden zu Dispositivziffern 3–9):

2. Das Gesundheits- und Umweltdepartement überprüft und dokumentiert laufend den Stand der Umsetzung der in der Beilage 2 aufgelisteten 45 Massnahmen und erstattet darüber regelmässig Bericht: Einmal jährlich im Rahmen eines Kurzberichts (beispielsweise tabellarisch) zuhanden der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement sowie alle vier Jahre im Rahmen eines ausführlicheren Zwischenberichts zuhanden des Gemeinderats, jeweils einschliesslich einer Kostenaufstellung.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

12 / 15

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3 (bisher Dispositivziffer 2)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4 (bisher Dispositivziffer 3)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

13 / 15

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5 (bisher Dispositivziffer 4)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6 (bisher Dispositivziffer 5)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7 (bisher Dispositivziffer 6)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8 (bisher Dispositivziffer 7)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

14 / 15

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 9 (bisher Dispositivziffer 8)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 9.

Zustimmung: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Corina Ursprung (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die «Altersstrategie 2035» vom 13. März 2020 (Beilage 1) und die «Massnahmen zur Altersstrategie 2035» vom 13. März 2020 (Beilage 2) werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Gesundheits- und Umweltdepartement überprüft und dokumentiert laufend den Stand der Umsetzung der in der Beilage 2 aufgelisteten 45 Massnahmen und erstattet darüber regelmässig Bericht: Einmal jährlich im Rahmen eines Kurzberichts (beispielsweise tabellarisch) zuhanden der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement sowie alle vier Jahre im Rahmen eines ausführlicheren Zwischenberichts zuhanden des Gemeinderats, jeweils einschliesslich einer Kostenaufstellung.
3. Das Postulat, GR Nr. 2019/42, von Elisabeth Schoch (FDP) und Albert Leiser (FDP) vom 30. Januar 2019 betreffend Erstellen einer Strategie für die Alters- und Pflegezentren unter Einbezug der Nachfrage nach alternativen Wohnstrukturen und einer Überprüfung der Sanierungspläne der städtischen Alterszentren wird als erledigt abgeschlossen.
4. Das Postulat, GR Nr. 2018/413, von Ernst Danner (EVP) und Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31. Oktober 2018 betreffend Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung wird als erledigt abgeschlossen.

15 / 15

5. Das Postulat, GR Nr. 2018/298, von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 22. August 2018 betreffend Aktualisierung der Altersstrategie unter Einbezug aller möglichen Leistungserbringenden wird als erledigt abgeschrieben.
6. Das Postulat, GR Nr. 2018/21, von Raphael Kobler (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 17. Januar 2018 betreffend Förderung und Unterstützung des Engagements der privat-gemeinnützigen Alters- und Pflegeheime wird als erledigt abgeschrieben.
7. Das Postulat, GR Nr. 2018/384, von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 3. Oktober 2018 betreffend Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen wird als erledigt abgeschrieben.
8. Das Postulat, GR Nr. 2019/46, von Markus Baumann (GLP), Marco Denoth (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 30. Januar 2019 betreffend Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der LGBTIQ-Bevölkerungsgruppe im Rahmen der neuen Altersstrategie wird als erledigt abgeschrieben.
9. Das Postulat, GR Nr. 2019/51, der Grüne- und AL-Fraktion vom 30. Januar 2019 betreffend Verankerung des Konzepts «Diversität» in der städtischen Altersstrategie wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 10. März 2021

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat